

Sorgfaltspflichten auch für Laien im Netz!

Laura Dereje

2019-06-05T20:54:19

Kurz nach dem bescheidenen Abschneiden der CDU bei der Europawahl und den [Kommentaren von Annegret Kramp-Karrenbauer](#) zum [Video des YouTubers Rezo](#) hat sich eine [hitzige Diskussion](#) um die Frage der Regulierung von Bloggern, YouTube und Co. entwickelt.

Der zugrunde liegende [Sachverhalt](#) ist geradezu prototypisch für die geänderten Realbedingungen der Medienlandschaft. Laien treten im Netz etwas los – die „klassischen“ Medien reagieren. Es wird gegenseitig verlinkt, es entstehen virale Effekte. Traditioneller Journalismus und „Laienpublizismus“ stehen in einem komplementären Verhältnis zueinander und beeinflussen sich wechselseitig. Mehr Meinungen. Mehr Vielfalt. Mehr Diskussion. Genau das, was unsere demokratische Grundordnung will: Der YouTuber Rezo kritisiert CDU, SPD und AfD scharf für Ihre Klimapolitik, und das kurz vor der Europawahl. Das Video wird zigfach geklickt. Es folgt ein weiteres [Video von Rezo und zahlreichen weiteren YouTubern](#), die sich allesamt dagegen aussprechen, die genannten Parteien zu wählen. Auch dieses Video findet großen Anklang und die klassischen Medien wie die Parteien selbst diskutieren mit. Nach der Wahl fragt Annegret Kramp-Karrenbauer: „[W]as wäre eigentlich in diesem Land los, wenn eine Reihe von [...] 70 Zeitungsredaktionen zwei Tage vor der Wahl erklärt hätten [...] wählt bitte nicht CDU und SPD“. Das Wort „Meinungsmache“ fällt im Zusammenhang mit zwei weiteren Fragen: „Was sind eigentlich die Regeln aus dem analogen Bereich, und welche Regeln gelten eigentlich für den digitalen Bereich [...].“

Die **erste Frage** von Annegret Kamp-Karrenbauer ist aus rechtlicher Sicht schnell beantwortet:

Zeitungen dürfen Wahlempfehlungen geben – auch wenn AKKs Entrüstung Gegenteiliges suggeriert (siehe bereits [hier](#), [hier](#) und [hier](#)). Kein Gesetz verbietet es der Presse, sich politisch zu positionieren und sich für oder gegen eine oder mehrere Parteien auszusprechen. Fast alle Zeitungen lassen sich sogar einem bestimmten politischem Spektrum zuordnen. Und deshalb dürften sich auch 70 Zeitungsredaktionen zwei Tage vor der Wahl zusammenschließen und erklären „Bitte wählt nicht die Partei X“. *#Tendenzschutz* – und dieser gilt auch in Wahlzeiten. Das ist Teil der grundrechtlich abgesicherten Pressefreiheit. Und das ist auch gut so. Das Bundesverfassungsgericht hat früh klargestellt, dass die Pressefreiheit auch die Freiheit umfasst, die inhaltliche Tendenz einer Zeitung festzulegen, beizubehalten, zu ändern und diese Tendenz zu verwirklichen (BVerfGE 52, 283 [296 f.]). Die Medien sollen gerade kritisch berichten und zur Meinungsbildung beitragen, also „Meinung machen“. Dies gilt gleichermaßen für den privaten Rundfunk. Auch für YouTuber und Co. darf nichts anderes gelten. Nur der öffentlich-rechtliche Rundfunk unterliegt gem. § 11 Abs. 2 RStV strengeren Regeln und ist danach den

Grundsätzen der Objektivität und Unparteilichkeit bei der Berichterstattung sowie der Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit im Rahmen seines Angebots verpflichtet.

Und was sind die Regeln aus dem analogen Bereich, nach denen AKK als **zweites** fragt? Regeln gegen „Meinungsmache“ gibt es wie gesehen nicht – neben allgemeinen Grundsätzen (z.B. Jugendschutz) kommen dann nur noch die journalistischen Sorgfaltspflichten in Betracht (umfassend hierzu *Schierbaum*, Sorgfaltspflichten von professionellen Journalisten und Laienjournalisten im Internet, 2016). Diese sind für die Presse in den jeweiligen Landespressegesetzen (z.B. § 6 LPG NRW) und für den klassischen Rundfunk (§ 10 Abs. 1 RStV) sowie für Telemedien mit journalistisch-redaktionell gestalteten Angeboten (§ 54 Abs. 2 S. 1 RStV) im Rundfunkstaatsvertrag geregelt.

Gegenstand journalistischer Sorgfaltspflichten sind lediglich Tatsachenbehauptungen, nicht aber Meinungsäußerungen. Sie umfassen u.a. die Pflicht zur sorgfältigen Recherche, die Pflicht zur Zitatreue, die Pflicht, einen Mindestbestand an Beweistatsachen zusammenzutragen und – wenn bei der Übernahme fremder Informationen kein Privileg greift (etwa das Behörden- oder Agenturprivileg) – die eigenen Quellen zu überprüfen und ggfs. weitere Recherchen vorzunehmen. In Fällen der Verdachtsberichterstattung kann auch die Pflicht zur Anhörung von Betroffenen hinzukommen. Eine Berichterstattung ist allerdings nicht *per se* rechtmäßig, nur weil sorgfältig recherchiert wurde. Wenn eine grundrechtliche Kollisionslage vorliegt, wie etwa im Fall der identifizierenden Berichterstattung, bei der sich Betroffenenrechte und Medienfreiheit gegenüberstehen, kommt die normative Pflicht zur Güterabwägung hinzu. Journalisten müssen dann verschiedene Faktoren gegenüberstellen, Vor- und Nachteile einer Veröffentlichung sowohl für die Allgemeinheit als auch für den einzelnen Betroffenen beachten und gegeneinander abwägen.

Keinesfalls gelten diese Sorgfaltspflichten aber uneingeschränkt. Sie finden ihre Grenzen in dem für die Medien noch Möglichen und Zumutbaren. Der medienspezifische objektive Sorgfaltsmaßstab ist flexibel, er ist ein gleitender und bestimmt sich nach den Umständen des jeweiligen Einzelfalls. Der Umfang der gebotenen Sorgfalt wird von verschiedenen sorgfaltsverstärkenden oder -vermindernden Faktoren beeinflusst, die in ihrer Wechselwirkung das konkret erforderliche Maß an Sorgfalt des professionellen Journalisten bestimmen. Maßgeblich bei dieser Ermittlung der im Einzelfall anzuwendenden Sorgfalt ist die Eingriffsintensität: je schwerer in die der Medienfreiheiten gegenüberstehenden Rechte eingegriffen wird, desto höhere Maßstäbe sind an Journalisten zu stellen. Je dringlicher das Informationsinteresse ist, desto geringere Anforderungen gelten für den Sorgfaltsmaß.

Die Sorgfaltspflichten professioneller Journalisten dienen einerseits dem Schutz der von einer Berichterstattung Betroffenen etwa vor unwahren Tatsachenbehauptungen und andererseits dem Schutz der Allgemeinheit vor Desinformation und Fake News. Insoweit kommt den Sorgfaltspflichten der Medien auch ein präventiver Charakter zu. Verfassungsrechtlich finden sie ihre Grundlagen damit im Allgemeinen Persönlichkeitsrecht sowie in den Freiheiten der jeweiligen Medien. Diese Pflichten der journalistischen Profis sind, auch wenn die Rundfunkfreiheit das einschlägige

Grundrecht ist, nicht als Ausgestaltung dieser Freiheit, sondern als gerechtfertigter Eingriff in diese Freiheit zu kategorisieren. Dabei ist die besondere Verantwortung der Medien nicht aus dem verfassungsrechtlich missverständlichen Begriff der „öffentlichen Aufgabe“ herzuleiten. Die Medien trifft vielmehr eine besondere Verantwortung, weil sie sich faktisch *öffentlich* äußern.

Bei der **dritten Frage** von Annegret Kramp-Karrenbauer handelt es sich um die Gretchenfrage: Gelten journalistische Sorgfaltspflichten auch im digitalen Bereich und dort insbesondere auch für Laien? Klar ist, dass auch die traditionellen Medien, wenn sie online publizieren, den jeweiligen Regelungen unterliegen. Allerdings ist die Frage, ob auch für Laien und Influencer im Netz journalistische Sorgfaltspflichten gelten, nach wie vor umstritten. Und diese Frage ist durchaus berechtigt und bislang nicht geklärt. Für viele stellt sie das jahrhundertlang akzeptierte und klassische Gefüge von Kommunikatoren auf der einen Seite (Presse, Rundfunk) und Rezipienten (wären das jetzt nicht eigentlich Rezo und Co?) auf den Kopf. Gleichzeitig wehren sich die meisten Influencer vehement dagegen, als „Profis“ eingeordnet zu werden und entsprechende Pflichten auferlegt zu bekommen – obwohl sie sich *öffentlich* mit einer Reichweite an ein Publikum äußern, welche sich manche traditionellen Medienhäuser wünschen würden. Und obwohl hinter vielen YouTube-Stars und Sternchen (früher oder später) große Agenturen stecken – wie auch im Fall Rezo.

Einzig möglicher rechtlicher Anknüpfungspunkt für eine Übertragung der journalistischen Sorgfaltspflichten auf die sich im Netz tummelnden Laien ist derzeit § 54 Abs. 2 S. 1 RStV (hierzu Schierbaum, s.o.). Diese Norm lässt aber völlig offen, ob und welche Akteure im Netz Sorgfaltsverpflichtete sind und wie genau eine Abgrenzung zwischen ihnen vorzunehmen ist.

Aus *verfassungsrechtlicher* Sicht begegnet die Übertragung journalistischer Sorgfaltspflichten auf gewisse Laien, die sich im Netz äußern, jedenfalls keinen Bedenken. Denn auch unabhängig davon, ob die neuen Publikationsformate im Netz grundrechtlich als Presse oder als Rundfunk zu qualifizieren sind, ermöglicht es der flexible, von Fall zu Fall variierende Sorgfaltsmaßstab, dass auch journalistische Laien und Influencer wie Rezo nicht übermäßig belastet werden.

Die Übertragung der Sorgfaltspflichten stellt – auch wenn die Rundfunkfreiheit einschlägiges Grundrecht ist – einen rechtfertigungsbedürftigen Grundrechtseingriff dar, der den bekannten verfassungsrechtlichen Anforderungen standhalten müsste. „Laienjournalistische Sorgfaltspflichten“ würden dann unter die Schranke der allgemeinen Gesetze nach Art. 5 Abs. 2 Var. 1 GG fallen. Und sie würden dieser Schranke unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur kombinierten Sonderrechts- und Abwägungslehre auch genügen. Laienjournalistische Sorgfaltspflichten zielen nämlich nicht auf die Abwehr oder Unterdrückung einer bestimmten Meinung oder eines bestimmten Informationsinhalts, sondern sie bezwecken den kommunikationsneutralen Drittschutz. Sie würden als der Veröffentlichung vorgelagerte Pflicht der durch laienjournalistische Internetveröffentlichungen bestehenden Gefahrenlage für individuelle und kollektive Rechtsgüter entgentreten.

„Laienjournalistische Sorgfaltspflichten“ müssten weiterhin verhältnismäßig sein und ihrerseits wiederum im Lichte der Medienfreiheiten ausgelegt werden. Die Flexibilität der Sorgfaltspflichten als Ausdruck der Herstellung praktischer Konkordanz zwischen der Freiheit der Massenkommunikation und dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht sowie öffentlichem Informationsinteresse ermöglicht es gerade, einerseits Laienjournalisten publizistische Pflichten aufzuerlegen und damit den Schutz des Einzelnen und der Allgemeinheit im Internet zu verbessern und andererseits den einzelnen Laienjournalisten vor einer übermäßigen Pflichtenbindung zu schützen und damit den Besonderheiten des Internets gerecht zu werden. Die Besonderheiten der neuen Publikationskultur im Netz würden also nicht außer Acht gelassen werden.

Das bedeutet, dass auch Influencer, YouTuber, Blogger und Wikipedia-Autoren sorgfältig recherchieren, ihre Quellen überprüfen und ggf. Betroffene anhören müssen (zu Wikipedia als Störerin wegen unsorgfältiger Recherche der Autoren jüngst KG Berlin, Urt. v. 28.08.2018 – Az. 27 O 12/17). Diese Pflichten gelten natürlich nur im Rahmen des für sie Möglichen und Zumutbaren. Und ja, auch bekannte Influencer wären von solch einer Pflicht betroffen, da Prominent-Sein nichts an der Tatsache der massenhaften Kommunikation ändert und Influencer anders als „übliche“ Prominente sich regelmäßig *öffentlich* äußern und eine bestimmte Reichweite erzielen (wollen).

Dabei kann Influencern und Co. das sog. Laienprivileg, welches das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1991 nur mit Blick auf *Offline*-Sachverhalte aufstellte (BVerfGE 85, 1 [22]), nicht mehr zugutekommen. Es ist aufgrund der geänderten Realbedingungen längst hinfällig und lässt die Besonderheiten des Internets, das 1991 noch in seinen Kinderschuhen steckte, außer Acht. Auf Grundlage des Laienprivilegs dürften die auf die Berichterstattung der klassischen Medien angewiesenen privaten Influencer etc. diese ungeprüft übernehmen, vorausgesetzt sie waren guten Glaubens und die Berichterstattung war nicht erkennbar widerrufen oder überholt. Hierzu führte das Bundesverfassungsgericht aus:

„Der Presse obliegt [...] eine besondere Sorgfaltspflicht bei der Verbreitung nachteiliger Tatsachen. Vom Einzelnen darf eine vergleichbare Sorgfalt aber nur verlangt werden, soweit er Tatsachenbehauptungen aus seinem eigenen Erfahrungs- und Kontrollbereich aufstellt. Dagegen ist es ihm bei Vorgängen von öffentlichem Interesse [...] regelmäßig nicht möglich, Beweise oder auch nur Belegtatsachen aufgrund eigener Nachforschungen beizubringen. Er ist insoweit vielmehr auf die Berichterstattung durch die Medien angewiesen.“

Die These, dass der Sorgfaltsmaßstab der Medien stets und *per se* ein strengerer ist als der von Privatpersonen, die sich ebenfalls *öffentlich* äußern (etwa BVerfG NJW-RR 2010, 471; BGH NJW 1966, 2011), ist im Zeitalter des Internets nur schwer aufrechtzuerhalten. Denjenigen, der sich *öffentlich* äußert, trifft richtigerweise eine weitergehende Verantwortung als denjenigen, der sich privat äußert. Gleichzeitig hat auch der Journalismus einen Wandel erfahren. Nicht mehr nur den etablierten Medienmachern wird Vertrauen und Glaubwürdigkeit entgegengebracht,

sondern auch den verschiedenen Akteuren der neuen Publikationsformate im Netz. Außerdem ist mit dem Internet ein Recherche-Tool entstanden, das jedermann zugänglich ist und von jedem genutzt werden kann. Mit Hilfe einer Internetsuchmaschine lässt sich etwa einfach überprüfen, ob die ursprünglich von der Presse oder dem Rundfunk stammenden Tatsachen abgeändert oder widerrufen wurden, eine Gegendarstellung erfolgt ist oder der Beitrag sogar aus dem Netz genommen wurde.

Das Rezo-Video stellt für diese Möglichkeiten ein Paradebeispiel dar, denn Rezo hat sich im Rahmen seiner Recherche dieser Möglichkeiten intensiv bedient und dies durch [Verlinkung](#) seiner Quellen sorgsam dokumentiert (sodass eine Verletzung von Sorgfaltspflichten im konkreten Fall [fernliegt](#)).

Die Online-Welt braucht dabei auch keine Sorge vor Zensur zu haben. Es geht bei der Übertragung von journalistischen Sorgfaltspflichten auf Laienpublizisten im Netz nicht darum, Meinungsäußerungen zu regulieren. Der Grund für eine Pflichtenbindung journalistischer Laien liegt in dem Umstand, dass sie Inhalte an einen unbestimmten Empfängerkreis faktisch *öffentlich* publizieren und damit besondere Gefahren für individuelle und kollektive Rechtsgüter bestehen. Das bedeutet freilich nicht, dass auf einfach-gesetzlicher Ebene jede Person, die einen Urlaubsblog betreibt oder ein Katzen-Video auf YouTube hochlädt, Adressat von besonderen Sorgfaltspflichten ist. An dieser Stelle sind aber die Bundesländer als zuständige Gesetzgeber gefragt, die sich zur genauen Abgrenzung zwischen den Verpflichteten von dem längst überholten Begriff des Telemediums mit „journalistisch-redaktionell gestaltetem Angebot“ (§ 54 Abs. 2 S. 1 RStV) lösen sollten.

Der Vergleich mit 70 Tageszeitungen und nicht nur die hohen Klickzahlen machen deutlich, dass die Stimmen von Influencern und Co. Relevanz haben! Sie haben schon längst das klassische Meinungsbildungsmonopol von Presse und Rundfunk durchbrochen. Zusammen mit der Masse da draußen übernehmen sie genauso wie die „klassischen“ Medien meinungsbildende Funktionen wie das Agenda Setting und Gatekeeping und erfüllen damit eine öffentliche Aufgabe. Ohne sie gäbe es weniger Meinungsvielfalt.

Massenhaft kommunizieren zu können, bestimmte Funktionen zu übernehmen und deshalb auch bestimmten Anforderungen zu unterliegen, sollte aber nicht nur als Last, sondern auch als Privileg empfunden werden. Als Folge der neuen Äußerungsbedingungen müssen Laien wie YouTuber, Blogger und Influencer denselben grundrechtlichen Schutz erfahren, gleichermaßen aber auch denselben Äußerungsanforderungen unterliegen wie professionelle Journalisten. Dafür müssten aber auch einheitliche Kontrollen, aufsichtsrechtliche Befugnisse und Strukturen sowie Anreize kooperierende Selbstkontrollenrichtungen geschaffen werden. Hier sind die Bundesländer gefragt, denn es gibt für Telemedien weder eine dem Presserat vergleichbare Stelle noch wären nach derzeitiger Regelung die Landesmedienanstalten zur Überwachung der laienjournalistischen Sorgfaltspflicht zuständig.

